Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
2/2005/St

auf Antrag der Juso-Hochschulgruppe

- Antragstellerin -

Beteiligt:

- 1.
- 2.

wegen

Organisation der Juso-Hochschulgruppen in

hat die Bundesschiedskommission am 12. Januar 2006 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Werner Ballhausen, stellvertretender Vorsitzender,

Prof. Dr. Roland Rixecker, stellvertretender Vorsitzender,

gemäß § 21 Abs. 4 Satz 1 SchiedO im schriftlichen Verfahren beschlossen:

Die Berufung der Antragstellerin gegen den Beschluss der Landesschiedskommission Hamburg vom 22. Oktober 2004 wird zurückgewiesen.

Gründe:

I.

Die Antragstellerin ist eine im Jahr 2004 an der Universität ... bestehende Juso-Hochschulgruppe. Der Vorstand der SPD-Landesorganisation ... – Beteiligter zu 1. – beschloss am 07. Juni 2004 eine neue Satzung/neue Richtlinien für die Hochschulgruppen der ... nach der die Juso-Hochschulgruppen eine Projektgruppe des ... bilden und miteinander im Studierendenverband der Jusos als Teil der Hamburger Jusos zusammengeschlossen sind. In der Schlussbestimmung dieser Regelung wurde angeordnet, dass die Amtszeit der bestehenden Hochschulgruppengremien zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens ende und Neuwahlen

stattfänden. Der Vorstand hielt zugleich fest, dass er seinen Beschluss als "Neukonstituierung der HSG gemäß der neuen Satzung" betrachte. Am 14. August 2004 beschloss er ergänzend, dass diese Satzung - zur Sicherstellung der Beteiligung bei den nächsten studentischen Wahlen - am 30. September 2004 in Kraft trete.

Gegen diese Beschlüsse hat die Antragstellerin unter dem 09. September 2004 die Landesschiedskommission Hamburg angerufen mit dem Antrag auf

"Zurückweisung und Anfechtung".

Zur Begründung hat sie im Wesentlichen ausgeführt, die Beschlüsse des Vorstands der ... bedeuteten in ihrem Kern eine dem Organisationsstatut, den parteiinternen Richtlinien und der innerparteilichen Praxis widersprechende und die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie verletzende Auflösung einer Parteigliederung und Beendigung von Mandaten "von oben". Sie stellten eine kollektive Sanktionierung missliebiger politischer Meinungen dar.

Die Landesschiedskommission Hamburg hat durch Beschluss vom 22. Oktober 2004 - der zunächst keine Rechtsmittelbelehrung enthielt - den Antrag zurückgewiesen.

Zur Begründung hat sie ausgeführt, der Antrag sei zwar zulässig, weil sein Gegenstand eine Satzung beziehungsweise eine Richtlinie einer Arbeitsgemeinschaft oder Projektgruppe ... betreffe. Er sei aber nicht begründet, denn die ... sei befugt gewesen, eine neue Satzung für die Juso-Hochschulgruppen als Projektgruppen des SPD-Landesvorstandes zu beschließen. Bei ihnen handele es sich nicht um Gliederungen der Partei, in denen allein sich die politische Willensbildung der Partei vollziehe. Über den Bestand und Fortbestand solcher Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen entscheide aber nach dem Organisationsstatut das Organ der jeweils zuständigen Organisationsgliederung.

Nachdem die Landesschiedskommission ihren Beschluss dann am 12. August 2005 durch eine Rechtsmittelbelehrung ergänzt und ihn am 30. August 2005 der Antragstellerin zugestellt hatte, hat sich diese mit einem am 06. September 2005 eingegangenen Schreiben an die Bundesschiedskommission gewandt und

die Aufhebung des Beschlusses der Landesschiedskommission Hamburg vom 22. Oktober 2004 sowie die Feststellung der Nichtigkeit des Beschlusses des Vorstandes der

vom 07. Juni 2004

beantragt.

Die Beteiligten haben keine Stellung genommen.

II.

Die Berufung der Antragstellerin ist zulässig, jedoch nicht begründet. Die Entscheidung der Landesschiedskommission Hamburg ist - im Ergebnis - rechtsfehlerfrei.

1.

Der als Berufung auszulegende und so gemäß § 21 Abs. 1, 26 Abs. 1, 3 der Schiedsordnung-SchiedsO - im Grundsatz statthafte Rechtsbehelf der Antragstellerin ist zulässig, insbesondere - da Rechtsmittelbelehrung und Zustellung erst im August 2005 nachgeholt wurden (§ 21 Abs. 5 i.V.m. § 13 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 SchiedsO) - auch rechtzeitig eingelegt worden (§§ 26 Abs. 3, 25 Abs. 2 SchiedsO).

Die Schiedsordnung verleiht einem "Antragsteller" das Recht zur Berufung gegen eine ihm nachteilige Entscheidung einer Bezirksschiedskommission - dieser steht hier die Landesschiedskommission gleich- unabhängig davon, ob er befugt war, das erstinstanzliche Verfahren als solches überhaupt zu betreiben. Das entspricht dem allgemeinen prozessrechtlichen Grundsatz, dort, wo ein Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung eingeräumt wird, einer das Verfahren betreibenden und dort unterlegenen, also beschwerten Person oder Stelle die Befugnis zur Durchführung des Rechtsmittelverfahrens zuzusprechen.

2.

Die Berufung der Antragstellerin ist - unabhängig von den Gründen der angefochtenen Entscheidung - nicht begründet, weil die Antragstellerin nach dem zum Zeitpunkt der Anrufung der Landesschiedskommission bzw. von deren Entscheidung geltenden Satzungsrecht nicht befugt war, das Statutenstreitverfahren zu betreiben, ihre dort gestellten Anträge also unzulässig waren. Hieran hat sich auch durch die auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe (14.-16. November 2005) beschlossene Neufassung des Satzungsrechts (Organisationsstatut, Wahl- und Schiedsordnung) nichts geändert.

Zwar mag es der Antragstellerin um die Auslegung und Anwendung des Organisationsstatuts und der Satzungen sowie der Grundsätze und Arbeitsrichtlinien der Arbeitsgemeinschaft im Bereich der ... der SPD gegangen sein (§ 21 Abs. 1 SchiedsO, insoweit in alter und neuer Fassung gleichlautend).

Die Schiedsordnung in der zur Zeit der Antragstellung bei der Landesschiedskommission Harnburg geltenden Fassung gestand in § 21 Abs. 2 SchiedsO die Antragsbefugnis jedoch ausdrücklich- nur- jeder "Organisationsgliederung" im Geltungsbereich des betreffenden Statuts zu. "Organisationsgliederung" im Sinne von § 21 Abs. 2 SchiedsO sind indessen, wie sich aus § 8 Abs. 1 OrgStatut ergibt, lediglich Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke. Arbeitsgemeinschaften oder gar Projektgruppen konnten nach der gefestigten Rechtsprechung der Bundesschiedskommission keinen zulässigen Antrag auf Einleitung eines Statutenstreitverfahrens stellen, da sie lediglich unselbstständige Teile der Partei und für ihre Tätigkeit die Vorstände der Partei auf der jeweiligen Organisationsebene verantwortlich sind, denen insoweit die maßgebliche organisatorische Entscheidungsbefugnis verliehen ist (vgl. zuletzt Beschluss vom 17.01.2005- 3/2004/St).

Zwar verleiht die Neufassung der Schiedsordnung nunmehr die Antragsbefugnis für Statutenstreitverfahren auch Arbeitsgemeinschaften und regionalen Zusammenschlüssen von Gliederungen, soweit sie geltend machen, in eigenen Rechten verletzt zu sein und dies möglich erscheint (§ 21 Abs. 2 Satz 2 SchiedsO n.F.). Hierunter fiel die Antragstellerin als Projektgruppe aber nicht.

Die Landesschiedskommission - die in anderem Zusammenhang übrigens durchaus gesehen hat, dass es sich bei den Juso-Hochschulgruppen nicht um Gliederungen i.S.d. § 8 OrgStatut handelt (S. 3, 3. Abs. ihrer Entscheidung) - hätte das Begehren der Antragstellerin folglich als unzulässig - statt als unbegründet - zurückweisen müssen; dass sie ihre Entscheidung abweichend davon begründet hat, verletzt die Antragstellerin nicht in ihren Rechten.

(Kohl)